

«Permanent wird man gepiesackt»

Christoph Buser (44), Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, zum Tag der Wirtschaft

Von Ruedi Mäder

BaZ: Herr Buser, sind Sie Unternehmer?

Christoph Buser: Ja. Ich habe zwar kein eigenes Geld im Unternehmen, weil das bei einem Verein nicht geht, aber ich trage die Verantwortung für rund 60 Angestellte.

Moment, Sie leiten zwar eine Institution im Dienste der Wirtschaft, führen aber kein gewinnorientiertes Unternehmen.

Gewinnorientiert sind wir in der Tat nicht, aber die Wirtschaftskammer lebt nur zu zehn Prozent von Mitgliederbeiträgen. Neunzig Prozent unserer Dienstleistungen erzielen wir am Markt.

Böse Zungen sagen, Sie hätten das Tagesmotto «Unternehmer in die Politik» primär im Hinblick auf Ihre eigenen politischen Ambitionen durchgeboxt ...

Wir haben dieses Motto bereits vor eineinhalb Jahren gemeinsam mit den Gewerbe- und Industrievereinen entwickelt. Ein wesentlicher Auslöser war die verbreitete Unzufriedenheit wegen der zunehmenden Bürokratie.

Es finden sich viele Beispiele von Unternehmern, die dem Politbetrieb nach einer gewissen Zeit entnervt oder desillusioniert den Rücken gekehrt haben. Sind das Einzelfälle oder haben wir es mit systembedingten Reaktionen zu tun, weil sich Parlamentsarbeit und direkte Demokratie nicht vergleichbar «managen» lassen wie ein Unternehmen?

Ich sehe darin einen Negativtrend, den wir unbedingt brechen müssen – so wie wir ihn im Baseltal brechen konnten. Je weniger Unternehmer politisieren, desto eher verliert die Wirtschaft Abstimmungen und das Frustrationspotenzial steigt. Andererseits haben die Diskussionen rund um Governance-Fragen wesentlich dazu beigetragen, dass sich Unternehmer nicht exponieren wollen. Auch hat die Internationalisierung unserer Wirtschaft vielerorts dazu geführt, dass zu viele ausländische Firmenchefs gar nicht wissen, wie unser System funktioniert.

Welche politischen Zielsetzungen sind aus Sicht der Kammer vorrangig?

Das grösste Problem ist zugleich am wenigsten fassbar, nämlich die mas-



Will weniger Popstars in der Politik. Christoph Buser. Foto Florian Bärtschiger

sive Zunahme der Bürokratie. Permanent wird man gepiesackt mit langwierigen Verfahren, Bewilligungshürden und neuen Auflagen. Verkehrsfragen bilden einen zweiten Schwerpunkt. Mobilität gewährleistet Wohlfahrt. Wir brauchen Kapazitätserweiterungen auf Schiene und Strasse. Als dritten Punkt streiche ich die Energiefrage heraus. Diese ist exemplarisch für die Launen der Politik. Nach Fukushima vor vier Jahren hat man schnell einen ganzen Ideenfächer geöffnet, zeigte sich dann aber wenig pragmatisch und liess insbesondere jegliche Planbarkeit vermissen.

Wo verorten Sie «Launen der Politik»?

Wir erleben heute einen neuen Politstil. Weil weniger pragmatische Persönlichkeiten, wie es Unternehmer eben sind, dem Parlament angehören, gibt es mehr Platz für Popstars mit teilweise extremen Positionen. Aber das Schweizer System ist nicht

dafür konzipiert, dass nach dem Muster von Deutschland oder England Parteiprogramme hin und her geschoben würden.

Wie kam der soeben erwähnte neue Politstil zustande?

Das hat unter anderem mit Veränderungen in der Medienwelt zu tun. Aufgrund der Digitalisierung ist es sehr kostengünstig geworden, sich selber ins Gespräch zu bringen. Die Ökonomie der Aufmerksamkeit ist hoch im Kurs. Nicht die fundierten Argumente spielen eine wichtige Rolle, sondern die lautesten. Grosse Würfe sind aktuell nicht mehr möglich. Das müssen wir korrigieren und gemeinsam zu einem neuen politischen Stil gelangen.

Jeder wirtschaftsfreundliche Politiker hat die Verbesserung der Rahmenbedingungen weit oben in der Agenda. Das gilt nicht erst seit dem aktuellen Wahlkampf. Andererseits ist die Regu-

lierungsdichte in den letzten Jahren weiter gestiegen. Warum ist das so?

Weil die Staatsgläubigkeit zugenommen hat, ebenso der Glaube an den Nutzen von politischen Interventionen. Hier müssen wir ansetzen.

Seit Februar 2014 ist die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative eine heisse politische Kartoffel. Nach geschlagener Schlacht war aus dem Lager der Unterlegenen zu hören, viele Bürger seien zu schlecht informiert an die Urne gegangen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Nein. Ich glaube, jene Annahme der Initiative war eine Quittung des Volks für früheres Verhalten. Bei der Energiewende könnte das Gleiche passieren – seit vier Jahren werden hier kritische Stimmen konstant überhört.

«Nicht die fundierten Argumente spielen eine wichtige Rolle, sondern die lautesten.»

Nach der Annahme der Abzocker-Initiative wurde ein grosser Vertrauensverlust diagnostiziert. Economiesuisse geriet ins Schussfeld der Kritiker. Der Verband gelobte Besserung und nahm personelle Veränderungen vor. Wie beurteilt die Wirtschaftskammer die heutige Effizienz der nationalen Dachverbände?

Unser Dachverband, der Schweizerische Gewerbeverband, arbeitet effektiv und effizient. Aber Economiesuisse ist noch nicht dort, wo sie sein sollte. Doch man ist daran, die frühere Akademisierung der Institution zu korrigieren. Ich erwarte, dass Economiesuisse ihre grossen Mitgliedsfirmen dahingehend sensibilisiert, dass diese wieder vermehrt eigene Leute in die Politik schicken und auch den Mut haben, wieder selber hinzustehen. Economiesuisse muss wieder offensiver werden. Dass sie das gleiche Motto für ihre Tagung vom nächsten Freitag wie wir gewählt haben, stimmt mich zuversichtlich.

Am Mittwoch gibt sich Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann in der St. Jakobshalle die Ehre. Mit der Ems-Chemie-Chefin Magdalena Martullo-Blocher referiert eine gestählte und neuerdings auch politisch ambitionierte Unternehmerin. Wie passt Swiss-Chef Harry Hohmeister in dieses Bild?

Kaum eine andere Firma ist derart von politischen Rahmenbedingungen abhängig wie die Swiss. Harry Hohmeister muss enorm politisch denken und handeln. Er ist prädestiniert dafür, ein Lied über die Risiken des politischen Interventionismus zu singen. Wir sind eine Exportnation in einer globalen Wirtschaft. Wir können nicht in der Schweiz das Gutmenschen durchsetzen, ohne gleichzeitig unsere weltweite Konkurrenzfähigkeit im Auge zu behalten.

SNB geht über die Bücher

Noch keine Gesamtbeurteilung des Wechselkurs-Regimes

Bern. Für eine Gesamtbeurteilung der Auswirkungen der Aufgabe des Euro-Mindestkurses sei es «im Moment noch zu früh», erklärte Thomas Jordan, Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB), in einem Interview mit der *NZZ am Sonntag*. Die SNB werde die Wachstumsprognose für 2015 Mitte September im Rahmen ihrer geldpolitischen Lagebeurteilung überprüfen. Jordan kündigte an, man werde «noch eine gewisse Zeit» mit den Negativzinsen leben müssen. Zusammen mit weiteren Interventionen am Devisenmarkt sollte erreicht werden, dass sich der Franken «über die Zeit» wieder abschwächt. BaZ

Nachrichten

Amag beteiligt sich an Migros-Tochter Sharoo

Bern. Mit dem Autoimporteur Amag holt der Autotausch-Anbieter Sharoo einen weiteren wichtigen Investor an Bord. Amag wird künftig zehn Prozent an der Migros-Tochter halten. Sharoo-Geschäftsführerin Carmen Spielmann bestätigte einen Bericht der *NZZ am Sonntag*. Grösster Sharoo-Investor ist die Migros mit bisher 56 Prozent. Mobiliar hält 33 Prozent, elf sind es bei der Carsharing-Plattform Mobility. Heute sind rund 700 Fahrzeuge auf der Plattform buchbar. SDA

VW will Suzuki-Anteile verkaufen

Wolfsburg. Der Scheidungskrieg zwischen Volkswagen und seinem japanischen Partner Suzuki ist nach fast vier Jahren entschieden. Das Schiedsgericht der internationalen Handelskammer in London erklärte die Zusammenarbeit für beendet. Die Japaner wollen den Anteil in Höhe von 19,9 Prozent zurückkaufen. Ziel der Allianz war es, gemeinsam Kleinwagen zu entwickeln. Suzuki stieg 2011 aus und verkaufte den Anteil von 1,5 Prozent. SDA

Diese Woche

31.8. Montag

> KOF zur Entwicklung im August.
> Halbjahresergebnisse von Allreal und Accu.

1.9. Dienstag

> Helvetia und Hiag berichten über das erste Halbjahr.
> Einkaufsmanager-Index.

2.9. Mittwoch

> Tag der Wirtschaft der Wirtschaftskammer Baselland.
> Loeb und die Pharmafirma Myriad berichten über das erste Semester.

3.9. Donnerstag

> Erstes Halbjahr des Flughafens Zürich, von Gategroup, BKW, Leclanché und IVF Hartmann.

4.9. Freitag

> Tag der Wirtschaft von Economiesuisse.
> Beherbergungsstatistik für Juli.
> Landesindex der Konsumentenpreise.

Korrekt

Robustes Semesterergebnis der Baloise, BaZ vom 28. August.

Für den Fehler im Bericht bitten wir unsere Leser um Verzeihung: Von 100 Prämienfranken im Sach- und Haftpflichtgeschäft konnte die Baloise nach Abzug von Schadenzahlungen und Kosten nicht 92,3 Franken für sich behalten, sondern 7,70 Franken. Keine Änderung erfährt die im Artikel gemachte Einschätzung, wonach es sich bei diesem Schaden-Kostensatz um einen aussergewöhnlich guten Wert handelt. BaZ

Seco fordert den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen

Förderung zollfreier Einfuhren im Kampf gegen die Preisinsel

Bern. Im schwierigen wirtschaftlichen Umfeld sieht das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die Politik in der Pflicht. Neben dem Erhalt der bilateralen Verträge sei es wichtig, dass der Bund weitere Freihandelsabkommen abschliesse, sagte Seco-Chefökonom Eric Scheidegger in einem Interview mit der *Sonntagszeitung*. Die Diversifizierung der Absatzmärkte sei ein wirksames Mittel im Kampf gegen die Frankenstärke. Daneben seien auch Massnahmen auf dem Binnenmarkt notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Das Seco prüft im Auftrag des Bundesrates entsprechende Möglichkeiten. Neben der weiteren Liberalisierung von Infrastrukturmärkten wie dem Strom- und Gasmarkt könnten auch Erleichterungen bei den Einfuhren

helfen, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Zu den Ideen zählt beispielsweise eine vereinfachte Erhebung der Mehrwertsteuer beim Import oder die Abschaffung gewisser Zölle. Diskutiert werden müsse auch über eine Erhöhung der Zollfreigrenze. Private und KMU könnten dann mehr zollfrei importieren, was im Kampf gegen die Preisinsel Schweiz nütze.

Bei der Partnerschaft der Swisscom mit der SRG und Ringier, bei der Entwicklung von elektronischen Patientendossiers durch die Post sowie bei der Entwicklung mobiler Zahlungssysteme durch Postfinance bestünden Risiken der Wettbewerbsverzerrung. Es sei zu vermeiden, dass staatsnahe Unternehmen allein aufgrund ihrer Grösse die privaten Anbieter verdrängen. SDA

Werden A- und B-Post nächstes Jahr teurer?

Vereinbarung mit Preisüberwacher bis April 2016

Bern. Die Post hat letztes Jahr 100 Poststellen und im Inland auch Personal abgebaut. Konzernchefin Susanne Ruoff wehrte sich gegen Abbauvorfälle: Es werde umgebaut, sagte sie im Interview mit dem *Sonntagsblick*. Am Schalter verliere die Post Umsatz. «In den letzten zehn Jahren gab es am Schalter rund 67 Prozent weniger Briefe, 43 Prozent weniger Pakete und 34 Prozent weniger Einzahlungen», erklärte sie und fragte, wer ein solches Verkaufsnetz bei derartigen Einbussen aufrechterhalten würde. Die Post verändere sich im Zusammenhang mit der immer digitaleren und mobileren Gesellschaft. Nur wenn es der Post gelinge, das Kerngeschäft digital zu

unterstützen und zu erweitern, werde sie weiterhin erfolgreich unterwegs sein. Ihren Grundversorgungsauftrag gewährleiste die Post. Falle allerdings das Monopol bei den Briefen bis 50 Gramm weg, «müssen wir schauen, wie wir unserem Auftrag nachkommen können». Im Herbst sollte der Bundesrat einen Bericht vorlegen. Auch die Briefmarkenpreise sind nicht in Stein gemeisselt. Seit 2004 bezahlen Kunden für A- und B-Briefe dieselben Preise. «Eigentlich hätten wir sie allein wegen der Teuerung erhöhen müssen», sagt Ruoff. Mit dem Preisüberwacher sei vereinbart worden, sie bis April 2016 nicht zu erhöhen. «Dann werden wir es nochmals anschauen.» SDA